

gestellt werden. Die Ursachen für diese Entwicklung sind sowohl in den religiösen und politischen Auffassungen der Geistlichen sowie in der Ungarnpolitik des Wiener Hofes, den Beziehungen zur päpstlichen Kurie als auch in der Stellung der österreichischen Monarchie im internationalen System zu erkennen.

B. hat sich in seiner Studie insbesondere mit den von Geistlichen verfassten zeitgenössischen Werken des 18. Jh.s befasst. Zudem wurden relevante Quellenbestände wie bischöfliche Mandate und Korrespondenzen, Nuntiaturberichte, Akten der ungarischen Dikasterien und der Wiener Zentralbehörden, politische Denkschriften in staatlichen und kirchlichen Archiven sowie Handschriftensammlungen Ungarns, Kroatiens, der Slowakei, Österreichs und Deutschlands ausgewertet. Bemerkenswert ist zudem, dass auch Bestände des Archivs der Franckeschen Stiftungen in Halle/Saale in die Untersuchung einbezogen wurden. Der Vf. hat nicht nur diese Materialien stringent entlang seiner Fragestellung interpretiert, sondern auch zwei sich durch die Weite des Themas ergebende Probleme überzeugend gelöst: das Fehlen einer einheitlichen Geschichtsschreibung eines Vielvölkerstaates wie dem so genannten Stephansreich, welches von den konkurrierenden Nationalhistoriographien des 19. und 20. Jh.s nur unzureichend zur Kenntnis genommen wurde, und die selektive Wahrnehmung der jeweils eigenen Gruppengeschichte der entsprechenden Konfessionen. Erst vor diesem Hintergrund ist die Forschungsleistung B.s adäquat zu würdigen: So integriert er in seine Studie über den römisch-katholischen Episkopat neben der ungarischen Forschung auch die kroatische, serbische (jugoslawische), slowakische, tschechische (tschechoslowakische), rumänische und ukrainische Historiographie.

B.s empirisch gehaltvolle Untersuchung ist ein Paradebeispiel innovativer Spezialforschung, die zugleich durch ihre generalisierenden Aussagen zu überzeugen weiß. Was der Vf. im Ergebnis bietet, bedeutet einen erheblichen Erkenntnisfortschritt der Ostmitteleuropaforschung und eine Perspektivenerweiterung der historischen Forschung insgesamt.

Stuttgart

Julian Kümmerle

Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848-1989. Hrsg. von Detlef Brandes, Dušan Kováč und Jiří Pešek. (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, Bd. 14; Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Bd. 28.) Klartext Verlag. Düsseldorf 2007. 336 S. (€ 24,90.)

Die Hrsg., die in der deutsch-tschechisch-slowakischen Historikerkommission an verschiedenen themenbezogenen wissenschaftlichen Aufsatzsammlungen mitgearbeitet haben, wollen hier eine „unübliche Publikation“ vorlegen, die auf einen wissenschaftlichen Apparat verzichtet und in der Darstellung der wichtigsten Schlüsselmomente der deutsch-tschechischen Beziehungen einen Anreiz zum Nachdenken über die Nachbarschaftsbeziehungen anbietet. Die Autoren liefern z.T. Kurzberichte größerer Arbeiten, teilweise nur allgemeine Erörterungen, die auf unterschiedlich dichter Literaturkenntnis fußen, manchmal auch auf veralteten Darstellungen.

Der Titel erscheint unglücklich gewählt, denn eine „Wende“ bezeichnet eigentlich eine Umkehr, mindestens eine Richtungsänderung; davon ist in den meisten Texten aber keine Rede, denn oft behandeln sie historische Momente, die bereits bestehende Trends verstärken. Wenn im letzten Beitrag (Christoph Cornelißen) der Begriff „Wendepunkte“ selbst noch einmal reflektiert wird und stattdessen „Wendephasen“ vorgeschlagen wird, ändert sich an dieser Grundproblematik nichts. Die einzelnen Beiträge tragen alle eine Jahreszahl in der Überschrift (beginnend mit 1848 und endend mit 1989) und bieten dann eine knappe Darstellung der Ereignisse und Reflexionen über deren Einordnung in die Geschichte der tschechisch-deutschböhmischen, später dann tschechisch-deutschen Nachbarschaftsproblematik. Da hier Momente der Krisen und oft dramatischer Konflikte erfasst sind, ist das

Ergebnis keine Geschichtsdarstellung, sondern eine Ansammlung von Problemfeldern, in denen die „Normalität“ der Alltagsbeziehungen weitgehend ausgeklammert bleiben muss. Es fehlt also eine durchgehende Analyse der Dreiecksbeziehung „deutsch-sudetendeutsch-tschechisch“, und das slowakische Element erscheint zugegebenermaßen als untypischer Anhang.

Der Eingangssessay von Jiří Pešek liefert einen Gesamtüberblick über die Geschichte der Beziehungen seit 1848, endet dann aber in einer Art Leitartikel mit einer zu optimistischen Deutung, wenn der Vf. in der Wende von 1989 „ein Symbol einer in der Geschichte einzigartigen herzlichen Freundschaft und produktiven Nachbarschaft zwischen Deutschen und Tschechen“ (S. 26) sieht. Herauszuheben ist der Beitrag von Hans Peter Hye aus Wien, der in einem Miniaturgemälde die Akteure und Spannungsfelder des Jahres 1848/49 beschreibt. Andere Autoren bieten Kurzfassungen ihrer Arbeiten, die in größeren Werken vorliegen (Detlef Brandes, Volker Zimmermann, Jan Pauer).

Das Buch lässt den Leser etwas ratlos zurück: Für die breite Öffentlichkeit erscheint es doch zu speziell und im Verzicht auf eine durchgehende Analyse für ein Gesamtverständnis der Problematik wenig geeignet, für den Spezialisten ist es zu allgemein und enthält kaum neue Gedanken. „Gut gemeint“ ist manchmal doch etwas wenig, und es erscheint zweifelhaft, ob die Hrsg. mit diesem Band das eingangs genannte selbst gesteckte Ziel erreichen werden.

Köln

Manfred Alexander

Christoph Schutte: Die Königliche Akademie in Posen (1903-1919) und andere kulturelle Einrichtungen im Rahmen der Politik zur „Hebung des Deutschtums“. Verlag Herder-Institut. Marburg 2008. (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Bd. 19.) VIII, 432 S., Tab., Ktn. (€ 49,-.)

Etwa in der Mitte der 1890er Jahre setzte sich in den für die preußischen Ostprovinzen zuständigen Entscheidungsinstanzen die Erkenntnis durch, dass die Politik gescheitert war, die polnische Nationalbewegung durch gezielte Restriktionen niederzuhalten. Denn die Polen hatten trotz aller Behinderungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Feld Terrain gewonnen. Umgekehrt blieb das Problem ungelöst, wie die Ostprovinzen für deutsche Beamte, Offiziere, Lehrerinnen und Lehrer, Gewerbetreibende und Landwirte attraktiver gemacht, ihr Fortzug verhindert und die weitere Verschiebung der Bevölkerungsverhältnisse zugunsten der Polen gestoppt werden könne. Die damals eingeleiteten Maßnahmen zur „Hebung des Deutschtums“ bedeuteten deshalb insofern eine Richtungsänderung gegenüber der traditionellen Hebungspolitik, als nicht mehr die Region insgesamt, sondern nur noch ihre deutsche Bevölkerung in den Genuss staatlicher Unterstützungsmaßnahmen kommen sollte. Deren Kehrseite blieb die massive Diskriminierung der Polen durch die nach 1900 weiter verschärfte preußische Sprach-, Siedlungs- und Enteignungspolitik.

Die von Christoph Schutte untersuchten Posener Institutionen waren Ergebnisse dieser nationalitätenpolitischen Richtungsänderung: Ihre Statuten stellten jeweils die Förderung des Deutschtums in den Mittelpunkt, jedoch ohne dass es eine rechtliche Handhabe gegeben hätte, Polen ausdrücklich von ihrer Nutzung auszuschließen. Sch.s Fallstudien zur Entwicklung des Posener Vereins- und Vortragswesens, des Hygienischen Instituts, der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek, des Kaiser-Friedrich-Museums und vor allem der Königlichen Akademie, der allein etwa drei Fünftel des Gesamttextes gewidmet sind, verdeutlichen die Aporien der preußischen „Ostmarkenpolitik“ um die Jahrhundertwende. Denn letztlich bestand ein unauflösbarer Widerspruch zwischen der Absicht, die deutsche Bevölkerungsminderheit in der Region heimischer zu machen, zugleich aber die polnische Mehrheit nicht von den Fördermaßnahmen profitieren zu lassen.